

Zürich

Weniger gebildete Zürcher wählen häufig SVP

Eine neue kantonale Statistik zeigt, wer welche Partei wählt. Das Alter, die Bildung und der Wohnort prägen die politische Einstellung.

Von Helene Arnet

Zürich - Eine gestern erschienene Analyse des Statistischen Amtes zeigt: In der SVP-Wählerschaft sind Personen mit tiefem Bildungsniveau und geringem Einkommen im Vergleich mit allen andern Parteien klar übervertreten.

Die Analyse basiert auf der Repräsentativumfrage «Select», die seit 1995 jeweils nach den Nationalratswahlen durchgeführt wird. 2007 wurden landesweit fast 4400 Telefoninterviews getätigt, davon 649 in Zürich. Die Befragten gaben Auskunft zu ihrem Wahlverhalten, zu ihren politischen Haltungen, aber auch zu Merkmalen wie Alter, Geschlecht und Ausbildung. Dabei zeigen sich markante Unterschiede unter der Anhängerschaft der Parteien.

Während das Geschlecht eine untergeordnete Rolle spielt, erweist sich das Alter als wichtiger Faktor (siehe Grafik): SVP, FDP und CVP haben einen vergleichsweise hohen Anteil an Wählerinnen und Wählern im Pensionsalter. Dafür gibt es zwei Erklärungsansätze: Entweder denkt man mit zunehmendem Alter konservativer oder aber Leute, die in den 50er- und 60er-Jahren politisch sozialisiert wurden, wählen konservativ, was einen Wählerschwund bei den Bürgerlichen prognostizieren würde.

Unter den SP-Wählern herrschen die «Mittelalterlichen» vor, bei den Grünen und Grünliberalen jene etwas jüngere Generation, welche sich in den umwelt-

bewegten 1980er-Jahren (Waldsterben Tschernobyl) für Politik zu interessieren begann. Bei den Jungwählern hat keine Partei die Nase wirklich vorn.

Bildungs- und Einkommensstruktur zeigen: Wenn es im Kanton Zürich noch eine Arbeiterpartei gibt, ist dies die SVP. Kaum 5 Prozent der SVP-Wählerinnen und -Wähler haben ein Hochschulstudium. Und 58 Prozent verdienen weniger als 7000 Franken (SP: 43%, Grüne, GLP, CVP: 38%, FDP: 24%). Anteilsmässig am meisten Hochschulabgänger finden sich im grünen Lager: Es ist fast ein Drittel - klar mehr als bei der SP, aber auch mehr als beim klassischen Hort des Bildungsbürgertums, der FDP. Dort finden sich aber die meisten Reichen: Fast die Hälfte der FDP-Wählerinnen und -Wähler hat ein Haushaltseinkommen von mehr als 10 000 Franken.

Nischenplatz für Grünliberale

Welche Leute konnten die neu etablierten Grünliberalen abholen? Die GLP erscheint als klare Mittepartei, allerdings setzt sie sich etwas in Richtung wirtschaftlich liberal und gesellschaftlich progressiv ab, wo noch ein politischer Nischenplatz winkt. Die FDP definiert sich hier mehrheitlich als traditionell. Bei Alter und Einkommen ist die GLP mit den Grünen nahezu gleichauf. Akademiker wählen eher grün als grünliberal, ein klarer Unterschied ergibt sich beim Wohnort: Während die Grünen - wie die SP -

vorwiegend in den urbanen Zentren Zürich und Winterthur gewählt werden, sind die Grünliberalen stärker in der Agglomeration verwurzelt: 53 Prozent leben in suburbanen Gemeinden.

Die Befragung umfasste auch eher ideologische Einschätzungen, wie etwa die Religionszugehörigkeit. Hier lässt sich immer noch Kantonsgeschichte ablesen: 54 Prozent der CVP-Wähler sind katholisch, bei den Zürcher Traditionsparteien FDP und SVP sind 62 beziehungsweise 53 Prozent reformiert. Die Konfessionslosen sind bei der SP (24%) und Grünen (25%) vergleichsweise übervertreten. Die Fragen nach der grundsätzlichen Lebenseinstellung zwischen «Materialisten» (Geld, Sicherheit) und Idealisten (Gerechtigkeit, Ökologie) ergibt das klassische Links-rechts-Schema: Auf der materialistischen Seite schwingt die SVP mit 18 Prozent ihrer Wähler oben aus (Grüne 4%, FDP 5%, SP 6%), bei den Idealisten die Grünen mit 58 Prozent (SP 57%, SVP 12%).

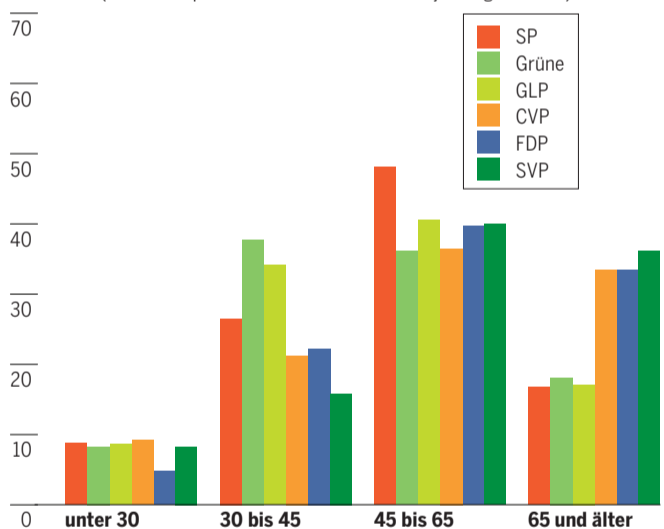
Nach der Einschätzung innerhalb der gewählten Partei befragt, positioniert sich je ein Sechstel der SP- und der Grünen-Wähler als «sehr links», etwa ein Drittel als gegen die Mitte tendierend. Bei der FDP hält sich die Hälfte eher an die Mitte, die Hälfte bezeichnet sich als rechts. Bei der SVP klassierten sich 28 Prozent am äusseren rechten Ende der Skala.

www.statistik.zh.ch/statistik.info

Welche Partei hat welche Wähler?

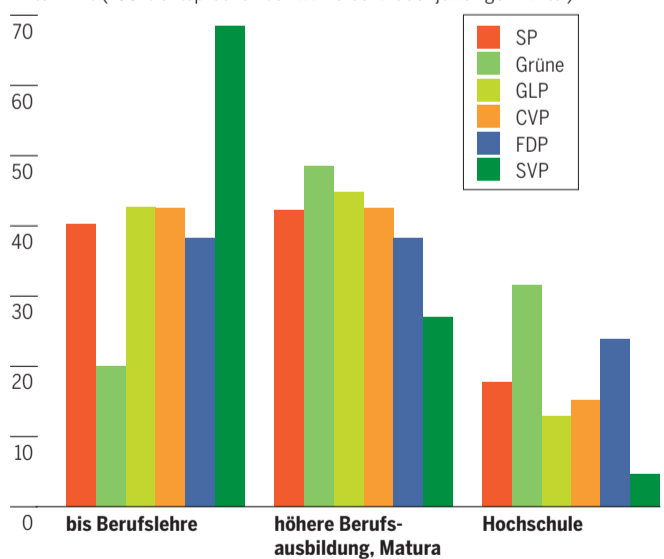
Parteienwähler nach Alter

Anteil in % (100% entsprechen der Wählerschaft der jeweiligen Partei)



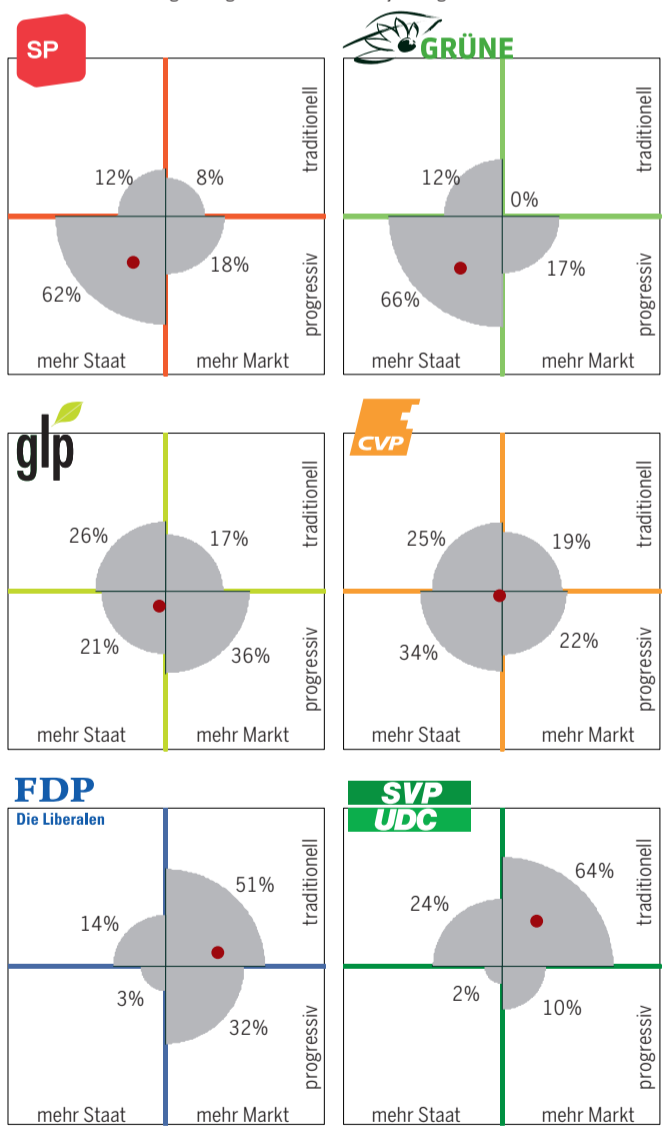
Parteienwähler nach Ausbildungsniveau

Anteil in % (100% entsprechen der Wählerschaft der jeweiligen Partei)



Wie sich die Wähler positionieren

Die roten Markierungen zeigen die Position der jeweiligen Partei



TA-Grafik ek/Quelle: Statistisches Amt des Kantons Zürich, Selects 2007

Auto-Überschlag

Seuzach - Eine 65-jährige Frau hat gestern um 14.30 Uhr auf der schnurgeraden Rietstrasse aus ungeklärten Gründen die Herrschaft über ihr Fahrzeug verloren. Das Auto geriet laut Polizei ins Schleudern und überschlug sich. Die Feuerwehr barg die schwer verletzte Lenkerin aus dem Wagen. Die Ambulanz brachte sie und ihren 67-jährigen Mann, der Beifahrer war, ins Spital. (sch)

Finanzausgleich: Referendum steht

Zürich - Der Bund der Steuerzahler hat gestern zusammen mit den Jungparteien von SVP und FDP ein konstruktives Referendum mit dem Titel «Für ein gerechtes Finanzausgleichsgesetz» eingereicht. Es seien gut 4600 Unterschriften dafür zusammengekommen, heisst es in einer Mitteilung. Mindestens 3000 gültige sind nötig. Die Initianten wehren sich dagegen, dass die «ausgabenfreudigen»

rot-grünen Stadtregierungen in Zürich und Winterthur noch mehr Geld für ihre Politik bekommen. Der neue Finanzausgleich sieht für Zürich einen Zentrumslastenausgleich von 412 Millionen Franken vor, für Winterthur wären es 86 Millionen. Die Initianten wollen die Beträge auf 360 beziehungsweise 65 Millionen senken. Die restlichen Teile des Gesetzes werden nicht bekämpft. (sch)

Gesehen & Gehört

Die Lobbyistin und ihre Nein-Sager

Seit fast 20 Jahren vertritt **Gabi Petri** die Grünen im Kantonsrat. Eher selten ergreift sie das Wort und hält mehr oder weniger einleuchtende Voten - nichts Aussergewöhnliches im Vergleich zu ihren 179 Ratskollegen. Und doch hebt sie sich von diesen in einem Punkt ab: Keine beherrscht das Lobbyieren so wie die VCS-Chefin. Um ihre Ziele zu erreichen, ist ihr jeder Kooperationspartner recht. Zum Beispiel im Kampf gegen den Justizapparat, an dessen Spitze in Zürich Regierungsrat **Markus Notter** (SP) steht.



Gabi Petri, Grüne.



Hans Egli, EDU.



Luca R. Roth, GLP.



Michèle Bättig, GLP.

Gestern hat Petri in diesem Kampf mit dem Nein zum PJZ einen historischen 89:82-Sieg errungen. Mindestens fünf der sieben Siegpunkte hat sie persönlich beschafft. «Ich habe die massgebenden Leute motiviert, ihre Stimmkraft richtig wahrzunehmen», meint sie vielsagend. Massgebend waren die Freikirchler in der EDU. Dort hat Katholikin Petri als Erstes angeklopft, nachdem **Hans Egli** am 30. August im TA bekannt gegeben hatte, er und seine Partei tendierten zum Ja. Petri versorgte darauf die EDU mit den «nötigen Unterlagen». Und siehe da: Egli wurde mit vier seiner fünf Fraktionskollegen zum Nein-Sager. Auch der Fünfte, **Stefan Dollenmeier**, wollte gestern zuerst Nein stimmen. Ihn verliess aber der Mut, und er konnte sich nur zur Stimmenthaltung durchringen.

Aktiv war Petri auch bei den Grünliberalen. Besonders Sorgen machte ihr **Luca Rosario Roth**, ihr Verbündeter aus der Justizkommission. Ausgerechnet am entscheidenden Tag hätte Roth in den Ferien weilen sollen. Gestern Morgen sass er dann überraschend doch im Saal. Nach Petris Seelenmassage ist er am Wochenende extra aus dem Baltikum nach Hause geflogen, um im Rathaus auf Platz 86 den Nein-Knopf zu drücken. Unterdessen ist der Winterthurer Kulturmanager wieder an der Ostsee und hofft, dass sich bis zu seiner regulären Rückkehr einige Sponsoren für die Unkosten der Reise finden lassen. In die Spenderliste wird sich - «wenn nötig» - auch Petri eintragen.

Beschenkt wurde auch die Grünliberale **Michèle Bättig** - aber nicht für ihr Nein. Von Ratspräsident **Gerhard Fischer** konnte sie stellvertretend für ihren gut drei Monate alten Sohn **Felix Emanuel** einen **Züri-Leu** entgegennehmen. Das Stofftier soll im Kinderbett für politische Wärme sorgen. Auch Bättig ist nicht zufällig gestern so früh aus dem Mutterschaftsurlaub zurückgekehrt. Ob Petri nachgeholfen hat, sagte

Bättig nicht. Wie wichtig der gestrige Tag im Kantonsrat war, zeigt die Präsenzliste. Nur drei waren abwesend. Bei der SVP fehlte **Bruno Grossmann** wegen eines beruflichen Termins - seine Absenz war von Fraktionschef **Hans Frei** bewilligt, «weil es auch ohne Grossmann reichte». Bei der SP fehlte Gewerkschafterin **Hedi Strahm** (Mutterschaftsurlaub) und Physikerin **Rosmarie Joss**, die eine wichtige private Verpflichtung hatte. Fraktionschef **Raphael Golta**, dem Petris Kampfgeist offensichtlich abgeht, hat die beiden nicht zum Kommen überredet, «weil sie am Endresultat ohnehin nichts geändert hätten».

Vor der Pause ist im Rat immer «Chropfleerete». Da können die Fraktionen durchgeben, was ihnen auf den Nägeln brennt. Gestern war das Mittelungsbedürfnis gross. Erst bedankte sich der Grüne **Ralph Margreiter** mit bissigem Unterton für das halbglütige GLP-Referendum zum Steuerpaket, dann ärgerte sich **Gabriela Winkler** (FDP) über die Bürokratie bei Tankstellenshops. **Heinz Kyburz** (EDU) verlangte mehr Demonstrationsfreiheit für Abtreibungsgegner, und **Eva Torp** (SP) sorgte sich um die Medienvielfalt. Schliesslich wetterte Sek-Lehrer **Matthias Hauser** (SVP) gegen die Bildungsbürokratie. Und zwar so lange, bis ihn Ratspräsident **Gerhard Fischer** ermahnte, sich vorschriftsgemäss kurz zu halten. Etwas unfreundlicher sagte es in der Pause **Claudio Zanetti** (SVP): «Ihr Lehrer könnt euch einfach nie kurzfassen.» In der schriftlichen Form hatte die SVP-Erklärung dann plötzlich auf einem A4-Blatt Platz - aber nur weil Hauser eine Schriftgrösse gewählt hatte, für die man eine Lupe braucht. **Daniel Schneebeli**

Links-alternativer Rechtsanwalt wird Präsident der BVK-PUK

Aus politischen Gründen hat der Kantonsrat niemanden aus den grossen Parteien zum PUK-Präsidenten gewählt.

depräsident von Volketswil. Claudio Zanetti (SVP, Zollikon) argumentierte: «Die SVP hatte den damaligen Finanzdirektor Christian Huber nie geschont - im Gegenteil.» Deshalb könne die SVP, die als Erste die Machenschaften der BVK hinterfragt habe, getrost den Präsidenten stellen. Der Rat allerdings ging nicht darauf ein und zog Bischoff mit 96 zu 74 Stimmen gegenüber Walliser vor - auch unter Mithilfe der FDP.



Markus Bischoff.

Von Ruedi Baumann

Zürich - Der Mann mit dem Amt, aus dem Bundesräte und Nationalräte wachsen, heisst Markus Bischoff. Er ist 54, war als Rechtsanwalt Vertreter des Vaters im Zwillingsmord und gilt als einer der rhetorisch besten Kantonsräte. Vor allem aber ist er Mitglied der linken Alternativen Liste (AL), die bloss zwei Vertreter im Kantonsrat hat. Genau dies war einer der Gründe für die Wahl: Die Profilierung der AL schadet niemandem. Zweiter Grund: Mit Ausnahme der SVP hatten alle Parteien gefordert, keinen PUK-Präsidenten aus einer Partei zu wählen, die kürzlich einen Finanzdirektor stellte. Die PUK muss schliesslich Licht in die Korruptionsaffäre um die Beamtenversicherungskasse bringen. Die SVP beharrte trotzdem auf Bruno Walliser, Finanzvorstand und Gemein-

SVP droht der FDP

Die SVP reagierte mit einem geharnischten Communiqué auf die Wahl eines «extremen Linken». Man werde nun die Zusammenarbeit mit der FDP überprüfen. Denn die FDP lasse sich bei Wahlen selber gerne durch die SVP unterstützen; ihr mangle es dann aber regelmässig an Loyalität, wenn es um Hilfe für einen SVP-Kandidaten gehe.